

betreffend verstärkte Massnahmen gegen ein Überangebot und aggressivere Anwerbungsmethoden im Rotlichtmilieu sowie griffige Massnahmen gegen Zwangsprostitution und Frauenhandel

Ab Juni 2016 werden im Rahmen der Vereinbarungen zur Personenfreizügigkeit mit der EU vermehrt Frauen aus Osteuropa zur Prostitution in Basel angeworben werden. Oft geschieht dies unter falschen Versprechungen oder gar im Umfeld von lukrativem Frauenhandel. Allein in der Schweiz hat das Sexgewerbe einen Umsatz von 3.2 Milliarden CHF.

In der Anzugsbeantwortung (U. Metzger) bestätigt der Regierungsrat, dass Basel von einer grösseren Anzahl Prostituerter aus Osteuropa überschwemmt werden könnte und dass dadurch aggressivere Anschaffungsmethoden gewählt werden könnten. Zusätzlich besteht für die betroffenen Frauen im Sexgewerbe eine noch stärkere Gefahr, dass sie bis auf das letzte ausgenutzt werden.

Trotz dieser Problematiken kommt der Regierungsrat zum Schluss, dass er seine Praxis "erlaubter Prostitution mit Verbotsvorbehalt" beibehalten will. Dieser Verbotsvorbehalt scheint sich aber einzig auf die Einrichtung einer sogenannten Toleranzzone zu beschränken, die aber immer wieder unterlaufen wird. So verteilte letzthin eine Prostituierte am Rheinbord Visitenkarten und machte mit einer Werbebotschaft auf ihrem T-Shirt auf ein Bordell an der Güterstrasse aufmerksam. Falls dies Schule macht, wird die Toleranzzone auf diese Art unterlaufen werden. Kürzlich wurde auch eine Petition von Anwohnenden eingereicht, welche die Einhaltung der Toleranzzone fordert.

Immer wieder wird der Regierungsrat durch Petitionen von Anwohnenden auf Missstände im Rotlichtmilieu aufmerksam gemacht. Anscheinend ist er aber nicht bereit, seine Praxis den Verhältnissen anzupassen. Im Gegensatz zu dieser Laisser-faire-Haltung wird in andern Städten oder Ländern die Problematik der Ausbeutung angegangen. Schweden und Frankreich büssen Freier, Deutschland hat eben ein Gesetz erlassen, wonach Freier, welche mit Opfern von Menschenhandel verkehren, bestraft werden. Der Grüne Oberbürgermeister von Stuttgart macht zur Zeit mit einer aufsehererregenden Plakatkampagne gegen Zwangsprostitution mobil.

Etliche Kantone wie TI, VD, NE, JU, GE, FR haben das Sexgewerbe gesetzlich geregelt und können somit Einschränkungen wie beispielsweise die Verweigerung einer Betriebsbewilligung durchsetzen.

Die Stadt Zürich hat 2012 eine Verordnung zur Prostitution erlassen, welche eine Arbeitserlaubnis, eine Betriebsbewilligung, repressive Massnahmen sowie eine Krankenversicherung für Frauen im Sexgewerbe einführt. Zusätzlich hat der Kanton Zürich die Fahndung nach Menschenhandel im Rotlichtmilieu pionierhaft stark ausgebaut und eigens eine Kriminalabteilung dazu eingesetzt.

Ich bitte den Regierungsrat, um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie will der Regierungsrat der in Kürze mit grosser Wahrscheinlichkeit deutlich erhöhten Zahl von "Sexworkerinnen" und den oben beschriebenen Begleiterscheinungen begegnen?
- Wie hat sich die gesetzliche Regelung der Sexindustrie in Zürich bewährt? Welche Schlüsse lassen sich dabei für BS ziehen? (Bestimmt gibt ZH gerne Auskunft)
- Ist er bereit, die Möglichkeit für eine Beschränkung der Anzahl der Prostituierten zu prüfen und die gesetzlichen Voraussetzung dazu zu schaffen?
- Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, im Rahmen der Diskussion um eine Kontingentierung der Migration aus Europa, in Bereich der Prostitution eine Bewilligungspflicht für Prostituierte einzuführen?
- Welche Anstrengungen unternimmt der Kanton, um Frauenhandel und Nötigung im Sexgewerbe zu unterbinden? Wie viele Stellenprozente sind dafür vorgesehen? Wie ist die interkantonale Zusammenarbeit auf diesem Bereich? Welche Erfolge kann die

Polizei vorweisen?

- Ist der Regierungsrat bereit, wie etwa in Stuttgart, die Öffentlichkeit über die Problematik der Zwangsprostitution zu sensibilisieren, welcher vor unsern Augen stattfindet?
- Wie will der Regierungsrat die Einhaltung der Toleranzzonen durchsetzen?
- Was unternimmt der Regierungsrat, um der Ausbeutung der Prostituierten durch überhöhte Zimmerpreise entgegen zu wirken?

Annemarie Pfeifer